

# Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Braun in Freiberg.

Nr. 260.

Erscheint jeden Wochentag Abends 7 1/2 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 M. 50 Pf. und einmonatlich 75 Pf.

38. Jahrgang.  
Sonntag, den 8. November.

Inserate werden bis Vormittag 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf.

1885.

## Die Woche.

Immer näher rückt der Termin der Eröffnung des deutschen Reichstages, welche am 19. ds. Mts. erfolgt, während der preussische Landtag erst im Laufe des Januars 1886 einberufen werden soll. Zu den wichtigsten Vorlagen, welche dem deutschen Reichstage zugebracht sind, gehört der Gesetzentwurf über den Nord-Ostsee-Kanal, der am Donnerstag im Bundesrathe vorgelegt und an einen Ausschuss verwiesen wurde. Von prinzipieller Bedeutung sind auch die Mehrforderungen für die deutsche Marine, da der letztere sowohl bei der weiteren Entfaltung der Kolonialpolitik wie bei dem sich immer mehr zuspizierenden Konflikt mit Spanien die wichtigsten Aufgaben zufallen. Die verschiedenen deutschen Panzerschiffe anstatt der Außerdienststellung zugegangenen neuen Ordres machen allgemein den Eindruck, als bereite die deutsche Admiralität Alles darauf vor, um deutsche Geschwader schleunigt an die spanischen Küsten und nach den spanischen Kolonialgebieten senden zu können, falls der Karolinen-Konflikt zu einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Berlin und Madrid führen sollte. Es steht fest, daß die letzte deutsche Note in bestimmter und strenger Weise den Standpunkt Deutschlands betonte und zu erkennen gab, daß das Verhalten der Spanier die deutsche Langmuth endlich erschöpfte. Die Karolinenfrage ist neuerdings dadurch noch mehr verwickelt worden, daß gewisse amerikanische Händler, welcher auf den Inseln die Petition um das spanische Protektorat betrieb, zwei Eingeborne der Karolinen grausam tödtete und dafür erschlagen wurde. In ganz Deutschland steht man dem Ausgang der ganzen Angelegenheit mit ziemlichem Gleichmuth entgegen und vertraut der bewährten Klugheit des deutschen Reichstanzlers, der diese Sache mit oder ohne päpstliche Vermittlung sicher zu einem für Deutschland ehrenvollen und nützlichen Ausgang führen wird. Ueber die Treuschicht seiner Leitung der auswärtigen Angelegenheiten herrscht ja bei fast allen Parteien nur eine Stimme, während über die innere Politik die Meinungen noch immer weit auseinander gehen.

Zwischen der inneren und äußeren deutschen Politik giebt es aber noch eine Art Zwischenpolitik in jenen Grenzgebieten, welche von fremden Nationalitäten durchsetzt sind. Im Elsaß und in Nordschleswig sind glücklicherweise die Deutschen aller Parteien geschlossen einig gegen die Fremdlinge und dürften besonders in den Reichslanden, nachdem der eingetroffene neue Statthalter Fürst Chlodwig Hohenlohe am Donnerstag in Straßburg jubelnd begrüßt wurde, die deutsche nationale Strömung noch weit mächtiger hervortreten als unter dem Mantelfelchen vermittelnden Regiment. Anders verhält es sich in Polen, wo viele Deutsche lieber für einen Polen stimmen als für einen Deutschen, der einer anderen Partei angehört als sie selbst. Etwas günstiger liegen die Dinge in Oberschlesien, wo sich die Deutschen in den Grenzgebieten noch vor den jüngsten preussischen Landtagswahlen darüber schlüssig machten, das nationale Interesse über das Fraktionswesen zu stellen, um dadurch besonders der von den Ultramontanen eifrig betriebenen Polonisation der Schulen einen Riegel vorzuschieben. Die prinzipielle Opposition, welche sich bisher gegen Reichsangelegenheiten ablehnend verhielt und dabei mit Protesten, Polen und Dänen zusammenging, verliert, wenn man nach dem Ausfall der preussischen Landtagswahlen urtheilt, immer mehr den Boden im deutschen Volke. Der Ausfall dieser am Donnerstag vollzogenen Wahlen ist noch nicht genau bekannt. In Berlin haben die Deutschfreisinnigen glänzend gesiegt, doch dürfte im ganzen Lande das Centrum drei bis vier Sitze und die deutschfreisinnige Partei mehr als zwölf Sitze verlieren, wogegen die Nationalliberalen etwa zehn die Konservativen nur fünf Mandate gewinnen werden. Demnach wird es im nächsten preussischen Abgeordnetenhaus genau so wie in dem vorigen keine konservative Mehrheit geben, sondern sich bald ein Zusammengehen der Konservativen mit dem Centrum, bald eine konservativ-nationalliberale Majorität möglich machen.

Während das Viefelder Kompromiß, durch welches beinahe Herrn Stöcker sein Mandat entzogen wurde, die Klüft zwischen den preussischen Hochkonservativen und Nationalliberalen noch mehr erweiterte, kann von den Mitgliedern des Centrums keine aufrichtige Freundschaft für die preussischen Gouvernemente mehr erwartet werden, nachdem die braunschweigische Thronfolge einen so entschieden nationalen Ausgang genommen hat. Prinz Albrecht von Preußen ist am Montag bei seinem Einzug in Braunschweig enthusiastisch empfangen worden und am Mittwoch hat sich die braunschweigische Landesversammlung vertagt, nachdem

vorher dem abtretenden Regentenschaftsrath für die umsichtige Regierungsführung und glückliche Lösung der Regentenschaftswahl gedankt worden war. Was die kirchliche Presse, welche fortfährt, als Anwalt des Herzogs von Cumberland zu fungiren, geradezu empört, ist, daß der neue Prinz-Regent von Braunschweig in seinen Kundgebungen bei der Uebernahme der Regentenschaft den provisorischen Charakter der letzteren nicht betonte und überhaupt wie ein vollberechtigter Souverän auftrat. Der ultramontane „Westfäl. Merkur“ weist darauf hin, daß Prinz Albrecht von Preußen in der von ihm erlassenen Kundgebung „von Gottes Gnaden“ die Regierung des Herzogthums Braunschweig kraft eines Patentes antrat, sich die Anordnung der „Ableistung der allgemeinen Schulbildung“ vorbehielt und die Aufrechterhaltung der Verfassung bei „seinem fürstlichen Worte“ gelobte, ohne irgendwie darauf hinzuweisen, daß die staatsrechtliche Ordnung im Herzogthum Braunschweig in einem legitimen Thronerben gipfelt, dessen Recht, nach Ansicht des kirchlichen Blattes, zwar vorläufig „behindert“, aber keineswegs kassirt ist, so daß es zu jeder Zeit aufleben kann, und spätestens nach dem Tode oder der Resignation des jetzigen Trägers wieder aufleben wird.

Auf der Tagesordnung des Budgetausschusses der österreichischen Delegation stand am Dienstag und Mittwoch das Ordinarium des Heeresreformirungss. Bei den betreffenden Verhandlungen gab der Kriegsminister Graf Blyandt einige recht interessante Erläuterungen über die Zustände in dem österreichischen Heere. Der Minister betonte, daß gerade durch seine Wirksamkeit Vieles für die Besserung der Sanitäts-Verhältnisse der Armee geschehen sei, aber noch Wesentliches, was von der Einwirkung der Kriegsverwaltung unabhängig sei, zu leisten übrig bleibe. Am Mittwoch sprach der Kriegsminister sein Bedauern darüber aus, daß bei den sich gegenwärtig in vielen Kronländern kundgebenden Bemühungen betreffs der Errichtung von Schulen nach nationalen Prinzipien die Kenntniß der deutschen Dienstsprache bei den Unteroffizieren sich bedenklich verringere. Die österreichischen Regierungsblätter suchten darauf selbstfamer Weise die Schuld des bedauerlichen Umstandes der Unverständlichkeit der Deutschliberalen zuzuwälzen. Dies veranlaßt die Wiener „Neue Freie Presse“ zu erwidern: „Die allgemeine Kenntniß der deutschen Sprache ist nicht bloß eine Forderung der Deutschen, sondern eine Exigenz des österreichischen Staates; die Forderung nach Pflege der nationalen Sprachen dagegen entspringt lediglich den nationalen Bedürfnissen und vielfach der nationalen Eitelkeit. Man gebe das Verlangen nach Reziprozität der Landessprachen auf, welches die heutige Verbitterung hervorgerufen hat; man behandle die deutsche Sprache als das, was sie auch nach den Erklärungen des Grafen Blyandt ist, als die Staatsprache, und ein guter Theil der schweren inneren Kämpfe, in welche Oesterreich hineingeführt worden, ist beseitigt.“ — Die ungarische Landesausschließung in Pest ist am Mittwoch durch den Protektor derselben, den Kronprinzen Rudolf, im Beisein aller Minister und hohen Würdenträger Ungarns mit einer Ansprache voll Anerkennung des Gebotenen geschlossen worden, welche Rede große Begeisterung erregte.

Trotzdem der französische Minister des Auswärtigen, Freycinet, durch seine Fürsprache für den Korfen Mariotti, der auf ihn geschossen, sich viele Sympathien erwarb, sind die Tage des jetzigen Kabinetts gezählt. Da der Präsident Grévy aber darauf besteht, Henri Brisson abermals mit der Bildung eines Ministeriums zu betrauen, macht der Letztere jetzt den schwierigen Versuch, ein Kabinet zusammen zu bringen, das dem Wahlerfolge der Radikalen Rechnung trägt. Das Haupthinderniß ist dabei, daß die Radikalen Zugeständnisse weitgehendster Art verlangen, deren Gewährung wiederum die zahlreiche Bevölkerung Frankreich's, welche kürzlich monarchistisch wählte, auf's Tiefste erregen würde. Es wird auch behauptet, daß der Konseilpräsident Brisson Clémenceau aufgefordert habe, in das neue Kabinet einzutreten, oder doch wenigstens bei der Bildung desselben mitzuwirken. Clémenceau lehnte Beides ab, da seit den letzten Wahlen der noch entschiedenere Lockroy das anerkannte Haupt der radikalen Partei ist. — Der deutsche Botschafter Graf Münster überreichte am Mittwoch dem Präsidenten Grévy sein Beglaubigungsschreiben im Beisein des Ministers Freycinet. Daß die dabei ausgetauschten Reden sehr freundlich lauteten, war bei den jetzigen guten Beziehungen der beiden Regierungen selbstverständlich.

In Spanien hat sich die Erregung gegen Deutschland seit dem Eintreffen der Spezialberichte über die Vorgänge auf den Karolinen wesentlich verschärft und sind kriegerische Demonstrationen jetzt an der Tagesordnung. Die Krankheit des Königs Alfons verschlimmert die Situation des Ministeriums Canovas wesentlich, doch hat das Letztere jetzt mehr von den Republikanern als von der franzosenfreundlichen Kriegspartei im Heere zu fürchten, da das Haupt der Letzteren, der Marschall Serrano in den letzten Jügen liegt und die Generale Dominguez Lopez und Salamanca keine ähnliche Autorität besitzen.

Da die englischen Parlamentswahlen nahe bevorstehen erfolgen jetzt in England fast täglich bedeutende Wahlreden und Wahladressen. Unter den ersten fiel besonders die am Mittwoch im Südbezirke Londons gehaltene Rede des Premierministers Salisbury deshalb auf, weil sie sich gegen den Vorwurf der Schutzzöllnerlei verwahrte, aber für einen hohen Joll auf spanische Weine aussprach. Mit großer Spannung erwarten die Engländer Nachrichten aus Kanton, indem sie eine Eroberung des letzten Restes des ehemals großen Birmanischen Reiches erhoffen, dessen unschätzbare Reichthum an dem werthvollen Teakholz längst die englische Jagier reizte.

Durch einen höchst auffallenden Tagesbefehl des russischen Kaisers ist der Fürst Alexander von Bulgarien, welcher als Generalleutnant à la suite der russischen Armee in den Listen dieser Armee geführt wurde, in den Listen gestrichen und gleichzeitig der Inhaberschaft des 13. russischen Schützenbataillons entzogen worden. Da die russische Regierung gleichzeitig bei der Pforte gegen den Einmarsch türkischer Truppen in Ostrumelien protestirt, ist es unzweifelhaft, daß man in Petersburg wohl die bulgarische Union billigt, dieselbe aber nur unter russischer Vormundschaft zulassen will.

Endlich hat auf den dringenden Wunsch der türkischen Regierung die Botschafter-Konferenz in Konstantinopel ihren Anfang genommen und hat dies wenigstens so viel bewirkt, daß die serbische Regierung ihre militärische Aktion zunächst vertagte. Dagegen mehrt sich nun wieder die Unruhe in Bulgarien und Ostrumelien und wird Fürst Alexander von Deputationen bestürmt, welche versichern, daß die Nation nur mit der vollständigen Vereinigung zufrieden sein und hierfür Vermögen und Leben opfern werde.

## Tageschau.

Freiberg, den 7. November.

Die Rückwirkung auf die innere Politik der Deutschen Reichsregierung, welche von der voraussetzlichen Parteischiebung im preussischen Abgeordnetenhaus allgemein erwartet wird, hätte eigentlich eine lebhaftere Wahlbetheiligung hervorgerufen müssen. Thatsächlich haben aber die preussischen Landtagswahlen — von einzelnen lokalen Ausnahmen abgesehen — unter der weitgehendsten Theilnahmslosigkeit stattgefunden. Unter solchen Umständen war ein geringes Anwachsen der in der Nacht befindlichen Partei bei öffentlicher Abstimmung, und bei dem Krieg der Liberalen unter einander ein begreifliches Resultat. Vom Centrum war in dieser Wahlbewegung wenig die Rede; die drei Stimmen, welches sein polnisches Hilfskorps verloren hat, wird es entbehren können. Für die Bildung der Mehrheit aus gemäßigten Liberalen und gemäßigten Konservativen, wodurch die Regierungspolitik unabhängig vom Centrum werden soll, ist das genügende Material vorhanden; in den 270 Stimmen der Nationalliberalen und Konservativen steht es, auch unter der Voraussetzung des Ausscheidens eines nicht ganz unerheblichen extremen Flügels der Rechten, der Regierung zur Verfügung. Nach den bisherigen Wahlnachrichten würden die beiden konservativen Parteien 200 Stimmen zählen, nationalliberale Partei 70, das Centrum und sein Anhang 121 und die deutschfreisinnige Partei 43 Stimmen.

An dem Festzuge, welcher am Donnerstag in Straßburg zu Ehren des neuen Statthalters der Reichslande stattfand, theilnahmen sich gegen dreißig Vereine, darunter auch einige aus den Nachbarorten Schiltigheim, Bischheim und Hönheim. Herolde zu Pferd eröffneten den Zug, in welchem sich 7 Musikkorps und 3 Wagen befanden. Der eine vom Männergesangverein gestellte Wagen brachte in einer allegorischen Gruppe das deutsche Lied zur Darstellung, die anderen beiden Wagen waren vom Ruderklub und vom Schützenverein gestellt. Als der etwa 2000 Theilnehmer zählende Zug vor dem Palais des Statthalters angekommen war, wurden sämmtlichen von